

Im Gespräch mit:

Yvonne Gebauer



Das Kooperationsverbot ist ein Fehler: Der Bund muss sich wieder im Bildungssystem engagieren

Die Freien Demokraten haben sich das Thema „Schulfach Wirtschaft“ auf die Fahnen geschrieben, für das sich der bdvb aktuell mit einer Online-Petition einsetzt. bdvb aktuell traf sich deshalb mit Yvonne Gebauer, Abgeordnete des Landtages Nordrhein-Westfalen und Sprecherin für Schule und Weiterbildung der FDP-Landtagsfraktion.

Frau Gebauer, die FDP fordert das Schulfach Wirtschaft. Warum ist das so wichtig?

Die Rückmeldungen, die wir derzeit von Universitäten, Fachhochschulen und Ausbildungsbetrieben erhalten, zeigen deutlich, dass unser Bildungssystem „finanzielle Analphabeten“ hervorbringt. Ein wie ich finde erschreckender Trend, gegen den man etwas unternehmen muss. Hier gab es bereits einen guten politischen Ansatz, der aber leider nicht weiter verfolgt wurde.

Welchen Ansatz meinen Sie konkret?

Die schwarz-gelbe Regierung hat in der Zeit zwischen 2005 und 2010 einen spannenden Modellversuch auf den Weg gebracht, an dem sich 70 Realschulen beteiligt haben. Diese Schulen haben ein Schulfach Wirtschaft eingeführt. Und dann ist etwas

Spannendes passiert: Eltern, Lehrer und Schüler waren gleichermaßen begeistert. Mit Auslaufen des Versuchs im Jahr 2011 hat die FDP angeregt, dieses erfolgreiche Modell auf die Fläche zu übertragen und in allen weiterführenden Schulen in der Sekundarstufe I ein Fach Wirtschaft einzuführen. Ein entsprechender Antrag hierzu wurde leider mit den Stimmen von Rot-Grün bei Enthaltung der CDU abgelehnt.

Welche Inhalte sollten stärker vermittelt werden?

Generell geht es um die Stärkung der ökonomischen Kompetenz – von der Weltwirtschaft bis zur Altersversorgung, vom Abschluss eines Handyvertrags, bis zu Finanzierungsfragen. Entsprechende Lehrpläne wurden für den Modellversuch bereits vorbereitet – man müsste sie in Teilen sicher nachschärfen und aktualisie-

ren. Doch das Rad neu erfinden, muss man nicht.

Bereits durch die Einführung von G8 sind die Schüler sehr eingespannt. Welche Inhalte könnten Ihrer Meinung nach reduziert werden, damit das alles zu leisten ist?

Natürlich stellt sich die Kürzung oder auch Streichung von Lerninhalten immer als äußerst komplexe und schwierige Herausforderung dar, wobei hier anzumerken sei, dass eine gewisse Kompensation durch den Wegfall von wirtschaftlichen Themen in anderen Fächern ohnehin schon gegeben wäre. Dennoch erscheint es im Gesamtzusammenhang doch eher paradox, dass Rot-Grün den Antrag bezüglich der Erweiterung des Faches Hauswirtschaft um selbstverständliche Aspekte der Konsum-, Ernährungs- und Gesundheitsbildung durchsetzt, sich

aber gleichzeitig der elementaren Vermittlung von ökonomischen Grundlagen und somit existenziell notwendigem Wissen verweigert.

Nicht alle Parteien sind für ein Schulfach Wirtschaft. Warum findet die Idee bei anderen keine Akzeptanz?

Die Frage stelle ich mir immer wieder. Wenn es Umfragen gibt, in denen mehr als 80 Prozent der Jugendlichen Interesse an solchen Themen anmelden, ist eigentlich unverständlich, warum nichts passiert. Aber hier ist leider auch viel grüne bildungspolitische Ideologie mit im Spiel. So zum Beispiel beim zukünftigen Fach Verbraucherbildung, in dem es um die Vermittlung von sogenannten Lebensstilen geht. Beim Wort Lebensstile sträuben sich mir die Nackenhaare. Wir müssen Kinder doch befähigen, selbst-

ständig ihr Leben zu gestalten, statt ihnen Lebensstile vorzugeben.

In einzelnen Bundesländern wie Baden-Württemberg gibt es ein solches Schulfach bereits – in anderen passiert nichts. Stoßen unsere föderalen Bildungsstrukturen an Grenzen?

Ich würde die Kritik am föderalen Bildungssystem nicht am Fach Wirtschaft festmachen. Aber generell stößt das System an seine Grenzen. Die FDP hat immer wieder eingefordert, einheitliche Bildungsstandards zu schaffen. 16 verschiedene Bildungslandschaften zu haben ist im 21. Jahrhundert sicher nicht mehr zeitgemäß.

Was halten Sie von der Petition des bdtvb? Haben Sie bereits unterschrieben?

Bürgerbeteiligung ist immer gut. Ich habe selbst im Petitionsausschuss im Rat der Stadt Köln gearbeitet und weiß, wie wichtig das Instrument der Petition ist. Insofern: Die Petition für das Schulfach Wirtschaft ist richtig und wichtig. Und ja, meinen Namen finden Sie auf der Liste.

Das Bildungssystem ist chronisch unterfinanziert. Müssen wir mehr Geld in Bildung investieren?

Wenn ich mir Nordrhein-Westfalen anschau, ist das eine klare Sache. Statistisch betrachtet hat man hier im Jahr 2014 knapp 5.900 Euro pro Schüler in das Bildungssystem investiert. Der Bundesdurchschnitt lag bei 6.700 Euro. Hier klafft eine erhebliche Lücke. Bildung entscheidet über die

Zukunftschancen junger Menschen. Deswegen müssen wir in sie investieren, in einem Maße, wie es Kommunen und Länder alleine aber nicht bewältigen können. Hier wollen wir als FDP den Bund mehr in die Pflicht nehmen und sind für die Aufhebung des Kooperationsverbotes. Der Bund muss wieder eine aktive Rolle in der Bildung einnehmen.

Worin müssen wir investieren? Und woher kommt das Geld, wenn die „schwarze Null“ stehen soll?

Natürlich ist zusätzlich bereitgestelltes Geld immer gut. Man muss aber zuvor genau hinschauen, wofür das Geld überhaupt ausgegeben wird. Die Ziele und Maßnahmen der einzelnen Parteien unterscheiden sich sicherlich, aber alle haben inzwischen erkannt, dass wir mehr in Bildung investieren müssen. In gut ausgebildete Lehrer, in zeitgemäße Lernmaterialien und in die Schulgebäude selbst.

Stichwort Schulsponsoring durch private Unternehmen: Beeinflusst es die Unabhängigkeit der Lehre? Zu diesem Thema gab es kürzlich eine Anhörung im Landtag. Dabei haben wir festgestellt, dass die bestehenden Vorschriften für Schulsponsoring ausreichend sind. Wichtig ist allerdings, dass der Ort, an dem die Schule steht, keinen Einfluss auf die Ausstattung der Schule hat. Überall muss eine gute Lernumgebung vorhanden sein, die das Land beziehungsweise der Staat selbst bereitstellt. Alles, was durch Schulsponsoring zusätzlich hinzukommt, ist begrüßenswert, darf

aber nicht entscheidend für das Ergebnis der Lehre sein.

Abschließend vielleicht noch ein Blick über den Tellerrand: Deutschland hat sich am zusätzlichen Teil der PISA-Studie „Financial Literacy“ nicht beteiligt. Sollten wir das in Zukunft tun?

Ich denke, wir sollten den internationalen Vergleich grundsätzlich nicht scheuen. Auch wenn Nordrhein-Westfalen in internationalen Vergleichsstudien meist bestenfalls im Mittelfeld oder schlechter dasteht, so zeigt uns ja erst der Vergleich, dass es notwendig ist, deutlich besser zu werden, um wieder zur Spitze aufzuschließen.

Wenn wir auf andere Länder in der EU schauen: Von wem können wir am ehesten lernen?

Man kann immer von anderen Ländern lernen – jedoch ich finde es schwierig, Methoden und Ansätze kritiklos von anderen zu übernehmen. Eine Zeit lang galt Finnland als Vorzeigeschüler. Heute ist das Land deutlich abgerutscht. Deswegen denke ich: Man muss über den Tellerrand schauen und sich Anregungen holen, sich mit aktuellen Themen befassen wie Integration und Inklusion. Doch man darf die Unterschiede der Länder und die Frage der Übertragbarkeit nie aus dem Auge verlieren. Ich bin überzeugt, wir haben aus uns selbst heraus bereits das Potenzial, uns erheblich zu verbessern.



DIE INTERVIEWPARTNERIN

Yvonne Gebauer ist seit 1982 Mitglied der FDP. 1999 bis 2004 war sie Sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden der Stadt Köln. 2004 bis 2012 wirkte sie als Mitglied des Rates der Stadt Köln und bildungspolitische Sprecherin der FDP-Ratsfraktion. Seit 2012 ist die heute 50-Jährige Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen und Sprecherin für Schule und Weiterbildung der FDP-Landtagsfraktion.

